

Notizen

Zum neuen Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck wurde Ende März in Hofgeismar *Christian Zippert* gewählt. Der frühere Propst des Sprengels Waldeck und Marburg, der seit 1980 der Kirchenleitung in Kurhessen-Waldeck angehört, tritt damit die Nachfolge des im November vergangenen Jahres verstorbenen Bischofs *Hans-Gernot Jung* an. Im dritten Wahlgang konnte sich Zippert gegen seinen Gegenkandidaten *Hartmut Löwe*, Präsident im Kirchenamt der EKD, durchsetzen. Eine Woche zuvor hat die Landessynode in Friedrichroda den Meininger Oberkirchenrat *Roland Hoffmann* zum Bischof der Evangelischen Landeskirche in Thüringen gewählt. Der bisherige Landesbischof *Werner Leich* war zu Beginn dieses Jahres nach über 14jähriger Amtszeit in den Ruhestand getreten.

Das Vorbild Jesu verbiete es, mit einem Notleidenden zunächst über Volkzugehörigkeit und Kirchenmitgliedschaft, über Weltanschauungen und Wertvorstellungen im Sexualverhalten zu diskutieren und Hilfe vom Ergebnis solcher Gespräche abhängig zu machen. Dies betonte der Limburger Bischof *Franz Kamphaus* anlässlich der Einweihung eines neuen Wohn- und Pflegeheimes für Aidskranke des Caritasverbandes in Frankfurt. Es sei kein Geheimnis, daß zwischen den Moralvorstellungen des Trägers des Hauses und denen mancher seiner Bewohner Unterschiede lägen. Kirche jedoch habe da, wo Menschen in Not seien, zunächst nichts anderes zu tun, als ihnen beizustehen. Das Wort AIDS, die Krankheit selbst, vor allem aber die Betroffenen seien ein unüberhörbarer Hilferuf an die Gesellschaft.

Auf eine widersprüchliche Erwartungshaltung in der deutschen Öffentlichkeit der Kirche gegenüber wies der scheidende stellvertretende Leiter des Kommissariates der deutschen Bischöfe, *Johannes Niemeier*, in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (26. 3. 92) hin. Einerseits seien die Erwartungen an die Kirche sehr hoch, gleichzeitig rede man ständig vom schwindenden gesellschaftlichen und politischen Einfluß der Kirche. Dieser Widerspruch liege in dem starken Orientierungsbedürfnis in unserer Gesellschaft begründet, das sowohl beim einzelnen und den Familien als auch bei den gesellschaftlichen Gruppierungen bis hin zu den Parteien und Gewerkschaften anzutreffen sei. Die Welt werde immer komplizierter und undurchschaubarer, der Sinn des Ganzen immer schwerer erkennbar. Deshalb werde der Ruf nach ethischen „Vorgaben“ teils eingestanden, teils uneingestanden immer lauter. Und trotz aller Angriffe und Diffamie-

runge in einem Teil der Massenmedien würden die Kirchen für kompetent gehalten, zu Orientierung, Ethik und zur Sinnfrage Antwort zu geben.

Die Schaffung nationaler Christenräte in allen europäischen Ländern empfahl das Gemeinsame Komitee der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) bei seiner diesjährigen Sitzung vom 18. bis 21. März in Würzburg. In der gegenwärtigen Lage des europäischen Kontinents müsse der Dialog der Kirchen mit allen Kräften vertieft werden. Für den Dialog mit dem Islam wurden von einem gemeinsamen Komitee auf dem Würzburger Treffen Vorschläge vorgestellt, wie in der Ausbildung der Seelsorge eine bessere Kenntnis des Islam zu erreichen sei. Diese müßten befähigt werden, in der immer größeren Vermischung unter den Völkern und Religionen den Dialog mit Muslimen zu führen.

Gegen die zunehmende Zahl von Hinrichtungen in den USA haben die Erzbischöfe von Los Angeles und San Francisco, die Kardinäle *Roger Mahony* und *John Quinn*, protestiert. In einem Brief forderten die beiden Bischöfe den Gouverneur des Bundesstaates Kalifornien auf, eine unterdessen vollzogene Hinrichtung, die erste in diesem Bundesstaat nach 25 Jahren, auszusetzen. Sie gaben zu bedenken, das hinter der Todesstrafe stehende Ethikkonzept werde allzu leicht genommen und seine destruktiven Konsequenzen übersehen. Mit dem Leben des Mörders könne der Tod der Opfer nicht gesühnt werden. Die Todesstrafe sei die falsche Lösung, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen.

Die Hoffnung auf eine baldige Wiederherstellung der Demokratie und des Rechtsstaates in Peru nach dem Staatsstreich von Präsident *Alberto Fujimori* haben die peruanischen Bischöfe in einer öffentlichen Erklärung im Anschluß an eine Sondersitzung geäußert. Dabei forderte der Ständige Rat der Bischofskonferenz alle Verantwortlichen auf, keine Übergriffe des Militärs zuzulassen. Zugleich wiesen die Bischöfe jedoch darauf hin, daß legitime Erwartungen des Volkes bisher nicht erfüllt worden seien, weil viele Institutionen des Landes ineffektiv gearbeitet hätten. Der Bischof von Callao und frühere Präsident der Bischofskonferenz, Erzbischof *Ricardo Durando Flores*, bezeichnete unabhängig von der offiziellen Erklärung die Anordnungen von Fujimori als unausweichlich, da keine andere Möglichkeit bestanden habe, die Justiz zu säubern und damit die Voraussetzung für einen Ausweg aus der gegenwärtigen

Misere des Landes zu schaffen. Die *Deutsche Bischofskonferenz* verurteilte in einer Erklärung den Staatsstreich und beklagte die eskalierende Gewalt in Peru. Zugleich appellierte sie an Regierungen und Banken des Westens, die das peruanische Volk niederdrückende Schuldenlast deutlich zu verringern.

Mit einer eigenen Erklärung will der mit der brasilianischen Bischofskonferenz verbundene *Indianer-Missionsrat* (CIMI) die Parlamentsdebatte über eine in der Landesverfassung geforderte brasilianische „Charta der indianischen Völker“ mitbestimmen, die noch dieses Jahr stattfinden soll. Für diese forderte der Rat in seiner Stellungnahme einen besseren Schutz der brasilianischen Indianervölker und strengere Richtlinien zur Ausbeutung der in deren Siedlungsgebieten gelegenen Bodenschätze. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Auflagen seien hierfür nicht ausreichend. Zugleich sprach sich der Missionsrat entschieden gegen eine mögliche „Pflegschaft“ für Indianerstämme aus, da diese zu einer Einschränkung ihrer vollen Bürgerrechte führen könne. Diese Völker seien in der Lage, ihre Rechte selbst wahrzunehmen. Bei gewalttätigen Konflikten von Goldsuchern und Siedlern mit Indianern sind nach Informationen des Rates im vergangenen Jahr doppelt so viele Ureinwohner getötet worden wie im Jahr zuvor. Dazu seien allein 1991 mehr als 200 Opfer eingeschleppter Krankheiten und Epidemien in der indianischen Bevölkerung registriert worden.

In einem Hirtenbrief haben die *katholischen Bischöfe Sambias* zur politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes Stellung genommen. Die Bischöfe äußerten ihre Zufriedenheit darüber, daß im Oktober letzten Jahres demokratische Wahlen abgehalten wurden. Gleichzeitig zeigten sie sich angesichts der schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situation besorgt. Sechzig Prozent der Haushalte litten unter Unterernährung, die Arbeitslosigkeit sei im Steigen begriffen, die Inflationsrate betrage mehr als hundert Prozent und Gesundheits- und Erziehungswesen befänden sich in einem unbefriedigenden Zustand. Die Bischöfe betonten, daß nicht die Armen die Last der wirtschaftlichen Umorientierung tragen dürften; der freie Markt müsse auf eine gerechtere Verteilung der Güter ausgerichtet sein.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind je ein Prospekt der *deutschen Tagespost*, Würzburg, des *Missionswissenschaftlichen Instituts Missio*, Aachen, und eine *Verlegerbeilage beige* fügt.